

"Zwang zur Einheit" in Süddeutsche Zeitung (16. Januar 1962)

Quelle: Süddeutsche Zeitung. Münchner Neueste Nachrichten aus Politik, Kultur, Wirtschaft und Sport. Hrsg. FRIEDMANN, Werner; GOLDSCHAGG, Edmund; SCHÖNINGH, Dr. Franz Josef; SCHWINGENSTEIN, August ; Herausgeber PROEBST, Herman. 16.01.1962, n° 14; 18. Jg. München: Süddeutscher Verlag.

Urheberrecht: (c) Süddeutsche Zeitung

URL: [http://www.cvce.eu/obj/"zwang_zur_einheit"_in_suddeutsche_zeitung_16_januar_1962-de-a1f96a3a-e579-4008-b765-168f43881b12.html](http://www.cvce.eu/obj/)

Publication date: 15/09/2012

Zwang zur Einheit

von Kurt Simon

Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft hat ihre Feuerprobe bestanden. In vierwöchigen harten Verhandlungen, die bis zur physischen Erschöpfung der Teilnehmer gingen, ist es gelungen, die Voraussetzungen für die zweite und entscheidende Phase der Übergangszeit zum Gemeinsamen Markt zu schaffen. Die in den römischen Verträgen festgelegten Vereinbarungen haben schon in den ersten vier Jahren einen Wirtschaftsblock geschaffen, der in der ganzen Welt, auch jenseits des Eisernen Vorhangs, steigendes Ansehen genießt. Waren zunächst im wesentlichen nur die groben Umrisse der Wirtschaftsgemeinschaft skizziert, so läßt sich jetzt sagen, daß die sechs Volkswirtschaften, die auf dem Wege zur Gemeinschaft sind, inzwischen vereinbart haben, wie sie dieses Ziel am schnellsten erreichen. Die letzten Verhandlungen haben bewiesen, daß über alle noch so berechtigten nationalen Interessen die Erkenntnis siegt, die wirtschaftliche Einheit Europas dürfe nicht aufgehalten werden. Hinter der Getreidemarktordnung, der Auslegung des europäischen Kartellrechts oder der Lohngleichheit von Mann und Frau stand der politische Zwang zur Einigung.

Das Echo auf die Verhandlungen im EWG-Ministerrat hat erneut gezeigt, wie eng Wirtschaft und Politik verflochten sind. Staatssekretär Carstens vom Auswärtigen Amt erläuterte das in Bonn mit den Worten, der Zwang zur gemeinsamen Außenpolitik wachse in dem Maße, in dem die Verschmelzung der sechs Volkswirtschaften zu einer neuen Wirtschaftseinheit weitergehe. Die Störversuche Moskaus zeigen ebenso wie die Anstrengungen Washingtons, mit der EWG zu einem Übereinkommen auf wirtschaftspolitischem Gebiet zu gelangen, daß schon heute, vier Jahre nach der Übergangszeit, das Ansehen dieses Wirtschaftsblocks größer ist als es die meisten „Realpolitiker“ seinerzeit voraussagten.

In den Verhandlungen um Großbritanniens Anschluß tritt die Gemeinschaft jetzt mehr als bisher als geschlossener Block auf. Bis zum britischen Beitritt sind noch weitere wichtige Vereinbarungen der Sechs in Kraft getreten, so daß dieser Beitritt, mit dem frühestens für die zweite Hälfte des nächsten Jahres gerechnet wird, nicht mehr zu einer Zerreißprobe für die Gemeinschaft werden kann. Am Wesen des Gemeinsamen Marktes kann sich nichts mehr ändern. Die Vereinbarung, die volle Wirtschaftsgemeinschaft in siebeneinhalb Jahren zu verwirklichen, läßt sich ebenfalls nichts mehr ändern. Die Übergangszeit dürfte wahrscheinlich nochmals abgekürzt werden. Der Ausgleich der britischen Interessen mit denen der sechs EWG-Partner wird kaum schwieriger sein als die Abstimmung der sechs untereinander. Die EWG hat mit ihrem Angebot, an die Mitglieder des Zoll- und Handelsabkommens (GATT), den gemeinsamen Außenzoll bei Gegenseitigkeit um 20 Prozent zu senken, gezeigt, daß sie bereit ist, von sich aus die Nachteile möglichst auszugleichen, die das Entstehen eines Großmarktes dieses Ausmaßes für die Außenstehenden mit sich bringt.

Bei aller Freude über das Erreichte dürften nicht die Gefahren und Schwierigkeiten übersehen werden, die auch heute noch dem Gemeinsamen Markt im Inneren entgegenstehen. Es gilt, auch für sie nicht nur Formallösungen zu finden, sondern Übereinkommen zu treffen, die die wirtschaftliche Dynamik fördern und nicht hemmen. Pessimisten mögen darauf hinweisen, daß gerade die am heftigsten umkämpften Probleme, die Marktregulierungen für Agrarprodukte, vorerst nur auf den Papieren gelöst seien. Gewiß, die agrarwirtschaftlichen Vereinbarungen entsprechen kaum marktwirtschaftlichen Vorstellungen, aber auch diese stärkste Bastion autonomer staatlicher Wirtschaftspolitik ist in Brüssel jetzt von allen sechs Ländern aufgegeben worden. Der schrittweise Übergang zur gemeinsamen Agrarpolitik, mag er nun manchem zu langsam oder zu schnell erscheinen, wurde sachlich und zeitlich sorgfältig abgesteckt. Es ist nicht zuviel gesagt, wenn man behauptet, daß es spätestens ab 1. Juli dieses Jahres keine nationale Agrarpolitik mehr gibt. Vom gleichen Tage an sind alle nationalen Subventionen verboten; Ausnahmen gibt es lediglich noch bei Milch, Rindfleisch und Zucker, aber auch hier ist das Ende nationaler Zuständigkeiten abzusehen. Äußerlich wird sich dieser Übergang von der nationalen zur europäischen Agrarpolitik in dem Außerkraftsetzen nationaler Marktordnungsgesetze und anderer Schutzgesetze bzw. Verordnungen zugunsten eines EWG-Agrarrechts zeigen.

Auch Bundesernährungsminister Schwarz hat den deutschen Bauern nicht mehr sichern können als eine

nochmalige Frist von etwa drei Jahren, innerhalb der sie sich auf die Verhältnisse in dem Großmarkt einrichten müssen. Es wäre also falsch, wenn man unsere Bauern noch länger in der Sicherheit wiegen wollte, es werde sich für sie dank politischen Einflusses nichts ändern. Es besteht zum Glück die berechtigte Aussicht, daß sie gegenüber der Konkurrenz erfolgreich bleiben. Auf die Dauer wird sich auch zeigen, welche Vorteile ein Großmarkt für die Verbraucher hat, die bisher Stiefkinder des Gemeinsamen Marktes waren.